



Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

Lfd. Nummer	Bezeichnung
1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2	Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des KFR vom 07.11.2024
3	Bericht des Vorstandes
3.1	Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes
3.2	Neue Regelung zum erweiterten Mutterschutz
3.3	Mentoring-Programm
4	Vorstellung des Gleichstellungsplans des LK Verden 2024 - 2026
5	Position der Gleichstellungsbeauftragten im Flecken Ottersberg
6	Ergebnisse der Bundestagswahl: Bedeutung für Frauenpolitische Themen
7	Verschiedenes

Anlagen

- Präsentation Gleichstellungsplan LK Verden
- Stellungnahme des KFR zur Position der Gleichstellungsbeauftragten im Flecken Ottersberg

**Begrüßung und Grußwort des Achimer Bürgermeisters, Rainer Ditzfeld**

Die Vorsitzende, Andrea Michallik, begrüßt die Anwesenden und Bürgermeister Rainer Ditzfeld. Dieser heißt die Anwesenden willkommen und bedankt sich für das Engagement des Kreisfrauenrates, sowie die gute Zusammenarbeit mit Dr. Angelika Saupe – Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Achim. Er wünscht auch angesichts der Wahlergebnisse weiterhin gutes Gelingen.

TOP            Bezeichnung/Ergebnis

**1.            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Anschließend stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**2.            Genehmigung des Protokolls vom 07.11.2024**

Da keine Änderungswünsche geäußert werden, wird das Protokoll mit zwei Enthaltungen genehmigt.

### 3. Bericht des Vorstandes

#### 3.1. Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes

Nach langer, intensiver Debatte, sei der Entwurf des Gewalthilfegesetzes am 31. Januar im Bundestag beschlossen worden und habe am 14. Februar auch den Bundesrat passiert, eröffnet Andrea Michallik den Tagesordnungspunkt und erläutert zentrale Aspekte des Gesetzes:

- Rechtsanspruch auf kostenlosen Schutz und Beratung für Betroffene geschlechtspezifischer und häuslicher Gewalt
- Ausbau der Hilfsangebote mit finanzieller Förderung für Frauenhäuser und Beratungsstellen
- präventive Maßnahmen sowie einheitliche Mindeststandards für Schutz- und Hilfeinrichtungen
- Verpflichtung der Länder zu regelmäßigen Berichten über Entwicklung und Finanzierung (erstmalig 2029).

Hiermit würden die Länder verpflichtet, ihr Hilfesystem entsprechend auszubauen und somit die Istanbul-Konvention umzusetzen, allerdings hätten sie Zeit bis 2032.

Es sei wichtig zu betonen, so Eva Hibbeler, dass dies ein großer Erfolg für Frauenverbände, Initiativen und Institutionen sei, die jahrelang für die Umsetzung gekämpft hätten. Die ersten Schritte in die richtige Richtung seien also gemacht, auch wenn das Gesetz erst 2032 umgesetzt werde.

#### 3.2 Neue Regelung zum erweiterten Mutterschutz

Am 14. Februar 2025 sei die Erweiterung des Mutterschutzes beschlossen worden, berichtet die Vorsitzende. Beschäftigte Frauen hätten nun nach einer Fehlgeburt ab der 13. Schwangerschaftswoche Anspruch auf Mutterschutz. Zudem betrage die Schutzfrist nach einer Totgeburt ab der 24. Schwangerschaftswoche einheitlich 14 Wochen.

Ergänzungen hinsichtlich des Mutterschutzes für Selbstständige, freiwillig Versicherte, Bundesbeamtinnen und Soldatinnen, sowie ein besonderer Kündigungsschutz sollen bis zum 1. Juni noch folgen.

Man werde das auf jeden Fall weiter beobachten, schließt Andrea Michallik das Thema ab.

#### 3.3 Mentoring-Programm

Bereits zum 6. Mal wurde das Mentoring-Programm „Frau.Macht.Demokratie“ erfolgreich in Niedersachsen initiiert, so Andrea Michallik und übergibt das Wort an Kerstin Blome.

Diese freut sich, dass im Landkreis 11 Tandems zustande gekommen sind, sechs davon in Achim, vier in Thedinghausen und ein Tandem in Ottersberg. In Thedinghausen hätten bereits mehrere Veranstaltungen stattgefunden, so Kerstin Blome weiter, darunter ein Vernetzungstreffen, ein Austausch der Mentees sowie eine gemeinsame Fahrt zur Auftaktveranstaltung in Hannover.

Weitere Treffen und Workshops zu Kommunikation und Rhetorik seien geplant. Angelika Saupe berichtet von ähnlichen Veranstaltungen in Achim und begrüßt zwei anwesende Mentees. Des Weiteren berichtet sie, dass alle zwei Monate Treffen stattfinden werden, um Fortschritte und Bedarfe zu evaluieren.

#### 4. Vorstellung des Gleichstellungsplans des LK Verden 2024 - 2026

Kerstin Blome stellt den Gleichstellungsplan des Landkreises Verden für 2024 bis 2026 vor. Dieser konzentrierte sich auf Gleichstellung innerhalb der Verwaltung und werde alle drei Jahre erstellt (*Präsentation siehe Anhang*).

Zum Stichtag 30. Juni 2023 wurde ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen von rund 15 % im Vergleich zum vorherigen Plan festgestellt. Der Frauenanteil liege bei 67,17 %, so Kerstin Blome, der Männeranteil bei 32,82 %. Die Teilzeitquote betrage rund 49 %, wobei Frauen mit 62,4 % überproportional vertreten seien. In Führungspositionen habe der Frauenanteil am Stichtag 56,29% betragen und sei im Vergleich zum ersten Gleichstellungsplan aus dem Jahr 2012 um rund 10 % gestiegen.

Aktuell seien in vielen Besoldungs- und Entgeltgruppen Männer unterrepräsentiert, erläutert Blome. Ein Abbau dieser Unterrepräsentanzen sei schwierig, da die Bewerberlage es häufig nicht hergebe.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie seien u. a. folgende Maßnahmen umgesetzt worden:

- Flexible Teilzeitmodelle
- Abschaffung der Kernarbeitszeit
- Erweiterung der Telearbeit auf über 500 Beschäftigte
- Kita-Belegplätze für Mitarbeitende
- Ausschreibung aller Stellen als teilzeitgeeignet, sofern möglich

Ein zentrales Element sei darüber hinaus die Zertifizierung des Landkreises als familienfreundlicher Arbeitgeber durch das Audit "Beruf und Familie". Geplante Maßnahmen, die in den kommenden drei Jahren umgesetzt werden sollen seien u. a.:

- Integration des Themas Vereinbarkeit in die Führungskräftebildungen
- Überprüfung der Voraussetzungen für hybrides Arbeiten
- Einrichtung einer Intranet-Rubrik mit Informationen zum Thema Vereinbarkeit

Andrea Michallik betont abschließend die Vorbildfunktion der Verwaltung und Eva Hibbeler verweist an dieser Stelle auf den Handlungsbedarf in höheren Führungsebenen.

## 5. Position der Gleichstellungsbeauftragten im Flecken Ottersberg

Die Verdener Allerzeitung berichtete kürzlich, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen in Ottersberg Einsparmaßnahmen beschlossen werden sollen. Dies betreffe auch die Position der Gleichstellungsbeauftragten, die künftig ehrenamtlich besetzt werden solle, berichtet Andrea Michallik und kritisiert dies scharf. Sie betont, dass Gleichstellungspolitik keine freiwillige Leistung, sondern eine verfassungsrechtliche Pflichtaufgabe sei. Die Vorsitzende verliest daraufhin eine vorbereitete Stellungnahme, die am selben Abend in der Sitzung des Ottersberger Gemeinderates übergeben werden soll. Diese wird von den Mitgliedern des Kreisfrauenrates einstimmig angenommen (*siehe Anhang*).

In der anschließenden Diskussion wird u. a. auf die Erfahrungen aus Kirchlinteln hingewiesen. Dort sei eine ehrenamtliche Struktur ebenfalls nicht tragfähig gewesen. Gleichstellungsbeauftragte hätten eine umfassende Aufgabenfülle, die nicht im Ehrenamt geleistet werden könne.

## 6. Ergebnisse der Bundestagswahl: Bedeutung für Frauenpolitische Themen

Die Bundestagswahl lasse befürchten, dass die zukünftige Regierungskoalition Rückschritte in der Frauenpolitik mit sich bringen könnte, prognostiziert Andrea Michallik, insbesondere im Hinblick auf die Geschlechterverteilung innerhalb der einzelnen Fraktionen:

Grüne: 61,2 % Frauenanteil	CDU/CSU: 22,6 % Frauenanteil
Linke: 56,2 % Frauenanteil	AfD: 11,8 % Frauenanteil
SPD: 41,7 % Frauenanteil	

Im Landkreis Verden wurde die CDU mit 27,9 % stärkste Kraft, gefolgt von der SPD mit 23 %. Die AfD erreichte 18 %, die Grünen 12,2 %, die Linke 7,2 %, die FDP 4,5 % und das BSW 3,9 %.

Auch Eva Hibbeler warnt, dass konservative und rechtspopulistische Parteien Gleichstellungsmaßnahmen reduzieren könnten. Besonders kritisch sei die zunehmende Infragestellung bereits etablierter frauenpolitischer Errungenschaften, die in einigen Parteiprogrammen erkennbar sei. Auch die drohenden Kürzungen im Bereich Gleichstellungspolitik seien ein Warnsignal.

Nach ausgiebiger Diskussion sind sich die Mitglieder des Kreisfrauenrates einig, dass man gezielt junge Frauen für die politische Arbeit gewinnen müsse. Hierfür seien „willkommen heißende Strukturen“ in den Parteien nötig, so Kira Sophie Georg. Ulrike Helberg-Manke regt Angebote für junge Frauen und Mädchen an, in denen sie früh Führungspositionen erproben könnten.

## 7. Verschiedenes

- Andrea Michallik gibt das Thema für die kommende Sitzung bekannt: „Pflegerische Angehörige“ – als Referentin ist Frau Burow vom Senioren- und Pflegestützpunkt des Landkreises eingeladen
- Aus dem Plenum kommt der Vorschlag, nach der Eröffnung des neuen Gewaltschutzzentrums eine Besichtigung der neuen Räumlichkeiten für die Mitglieder des Kreisfrauenrates zu organisieren (die Terminkoordination übernimmt der Vorstand).

- Angelika Saupe weist auf eine Petition von Campact hin, die sich gegen den Angriff der CDU auf zivilgesellschaftliche Organisationen richtet, die sich gegen den Rechtsruck im Lande einsetzen (Link zur Petition: <https://weact.campact.de/petitions/schluss-mit-dem-angriff-auf-ngos-und-medien-keine-zensur-durch-die-cdu>)



---

Vorsitzende des Kreisfrauenrates  
Andrea Michallik



---

Protokollführerin  
Frau Julia Blohm